

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pabr d

Inhalt

Professor Dr. Horst Ehmke
MdB, Stellvertretender
Vorsitzender der SPD-Bun-
destagsfraktion, wertet
den Kohl-Besuch in den
USA: Nichts durchgesetzt.

Seite 1

Christa Randzio-Plath, Vi-
zepräsidentin der Soziali-
stischen Fraueninternatio-
nale, weist auf die jün-
gsten Beschlüsse der Sozia-
listischen Fraueninterna-
tionale hin: Forderung
nach einem Weltbeschäfti-
gungsprogramm für Frauen.

Seite 3

Günther Jansen MdB, Vor-
sitzender der SPD Schles-
wig-Holstein und Björn
Engholm MdL, Oppositions-
führer im Schleswig-Hol-
steinischen Landtag, zur
Medienpolitik in Schleswig-
Holstein: Neue Sender müs-
sen Verfassungsgeboten ge-
recht werden. Seite 5

Hans Koschnick, Bürgermei-
ster der Freien Hansestadt
Bremen und SPD-Präsidiums-
beauftragter für Kirchen-
fragen, zum Tod von Pastor
Martin Niemöller: Den So-
zialdemokraten wird er un-
vergessen bleiben.

Seite 7

39. Jahrgang / 47

7. März 1984

Nichts durchgesetzt

Zum Ergebnis von Kohls USA-Reise

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundeskanzler verdient für die diesmal bei seinem
Washington-Besuch eingeschlagene Linie im Grundsatz Unter-
stützung. Leider muß man aber bezweifeln, daß er sich in
irgendeinem Punkt durchgesetzt hat.

Auch der Bundeskanzler hat nun endlich die rücksichtslose
amerikanische Wirtschaftspolitik kritisiert, die den freien
Welthandel gefährdet. Der amerikanische Präsident hat
daraufhin seine schon auf dem Weltwirtschaftsgipfel in
Williamsburg gemachten Versprechungen wiederholt. Nur: Seit
dem Wirtschaftsgipfel ist der Trend der USA zum Protektio-
nismus noch viel größer geworden.

Der Bundeskanzler hat den Präsidenten erneut zu einem
Gipfeltreffen mit der sowjetischen Führung gedrängt. Nur:
Der Präsident hat sich alle Möglichkeiten offengelassen.
Für ihn ist die Behandlung der Frage im amerikanischen
Wahlkampf sehr viel wichtiger als der Ratschlag des Kanz-
lers. Bundeskanzler Kohl hat den Präsidenten gedrängt, die
Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Osten wieder in Gang
zu setzen. Der Präsident ist bei seiner Meinung geblieben,
daß die Sowjetunion am Zuge sei. Eilfertig hat der Bundes-

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verpflichtung
an
den
Rechtsnachfolger



kanzler die Idee eines Einhaltens in der Raketenstationierung selbst abgelehnt, obwohl sie mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Reduzierung der Mittelstreckenwaffen sinnvoll verbunden werden könnte. Hier setzt Herr Kohl die Fehler seiner Stationierungspolitik fort.

Noch während der Bundeskanzler in Washington war, hat die amerikanische Regierung das neue Angebot des Ostblocks abgelehnt - während Bonn sorgfältige Prüfung zugesagt hat. Dies zeigt, daß die amerikanische Regierung Herrn Kohl zwar freundlich zuhört, seinem Rat aber nicht sonderliches Gewicht beilegt. Der Präsident selbst verkündete kurz nach Abschluß der Gespräche die Fortsetzung der amerikanischen konventionellen und nuklearen Aufrüstung.

Daß die amerikanische Administration dem Bundeskanzler nicht helfen würde, aus der Zwickmühle herauszukommen, in die er sich mit seinen Versprechungen an Saudi-Arabien begeben hat, war von vornherein klar. Hier stehen dem Bundeskanzler und der Bundesrepublik unverändert große Schwierigkeiten und Risiken ins Haus.

Fazit der Kanzlerreise: Der Kanzler scheint eingesehen zu haben, daß die derzeitige Ostpolitik des Westens der Korrektur bedarf. Er steht damit in Europa nicht alleine. Freundliche Worte reichen aber nicht aus, den Kurs Präsident Reagans zu beeinflussen. Erst wenn Europa sich zusammenfindet und seine Forderungen mit einer Stimme erhebt, besteht Aussicht auf Erfolg. Die Europa-Probe hat der Kanzler aber noch vor sich.

(-/7.3.1984/ks/rs)

+ + +



Gegen die Unterdrückung, für die Rechte der Frauen

Die Sozialistische Fraueninternationale fordert einen Weltbeschäftigungsplan

Von Christa Randzio-Plath

Vizepräsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale

Die Sozialistische Fraueninternationale, die auf ihrer Konferenz in Caracas, Venezuela, vom 25. Februar bis 2. März 1984 tagte, ruft alle Frauen auf, anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März, die Rechte der Frauen zu verteidigen und insbesondere für einen Weltbeschäftigungsplan einzutreten.

Frauen leisten zwei Drittel aller Arbeitsstunden auf der Welt. Sie beziehen aber nur zehn Prozent des Welteinkommens. Der Arbeitstag der Frauen findet kein Ende - in Afrika, in Asien, in Lateinamerika oder in Europa, überall arbeiten Frauen in Beruf und Familie, sind doppelt oder dreifach belastet. Die Weltwirtschafts- und Beschäftigungskrise trifft Frauen im besonderen Masse. Überproportional hoch ist die Frauenarbeitslosigkeit, die Löhne der Frauen in der Dritten Welt und in Europa sinken weiter, die soziale Unsicherheit der Frauen nimmt zu. Armut wird zu einem absoluten Synonym für die Lebenssituation für Frauen. Dabei müssen in vielen Ländern zum Beispiel in Lateinamerika, der Karibik, bis zu 70 Prozent der Mütter allein für den Unterhalt ihrer Kinder aufkommen.

Die neokonservative Ideologie der neuen Mütterlichkeit, die Frauen in Haus, Küche und Heim zurückweist, unterminiert überdies die Situation der Frau auf dem Arbeitsmarkt überall auf der Welt. Heimarbeit wird zu einer Domäne von Frauenarbeit. Immer mehr Frauen fallen in die absolute Armutsgrenze. Dies gilt sowohl für Frauen in Industrie- und Entwicklungsländern. Darum fordert die Sozialistische Fraueninternationale eine zweite Frauendekade der Vereinten Nationen. Die Erste läuft 1985 aus. Denn was nützen Frauen Rechte, wenn sie nur auf dem Papier stehen, nicht aber umgesetzt werden in die soziale Wirklichkeit? Die zweite Frauendekade der Vereinten Nationen soll nach der Forderung der Sozialistischen Fraueninternationale sich auf Aktionsplänen zugunsten armer Frauen konzentrieren, vor allem in den ärmsten Ländern der Welt und vor allem auf die Situation der Frauen in der Landwirtschaft.

Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Sozialistische Fraueninternationale verurteilt alle Versuche und Praktiken, Frauen als Reservearmee der Wirtschaft zu mißbrauchen und



auszubeuten und ihnen ihr Recht auf Arbeit zu nehmen; denn ohne ein Recht auf Arbeit und eigenständiges Einkommen kann von Gleichberechtigung keine Rede sein.

Die Sozialistische Fraueninternationale ruft ihre Mitgliedsorganisationen in 75 Ländern der Welt auf, den Internationalen Frauentag zu nutzen und das Recht der Frau auf Ausbildung, gleichen Zugang zu Beschäftigung, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit einzutreten. Sie fordert ferner die Mitgliedsorganisationen auf, die öffentliche Weltmeinung auf die Situationen der Frauen in Entwicklungsländern aufmerksam zu machen und Frauenprojekte in der Dritten Welt zu unterstützen. Die Sozialistische Fraueninternationale unterstreicht ferner zum Internationalen Frauentag erneut ihr Engagement für eine neue Weltwirtschaftsordnung, eine soziale gerechte Entwicklung auf der ganzen Welt, für Frieden und Abrüstung und eine gleiche Verteilung von Reichtum, Einkommen und Wissen bei gleicher Beteiligung von Frauen in der Entwicklung der Länder.

Auf der ersten Lateinamerika-Konferenz der Sozialistischen Fraueninternationale unterstrich die Sozialistische Fraueninternationale insbesondere ihre Solidarität mit den unterdrückten Frauen in den Diktaturen in Lateinamerika. Sie fordert eine demokratische autonome Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten ohne indirekte oder direkte politische, militärische oder ökonomische Interventionen von außen. Sie unterstützt nachdrücklich die ersten demokratischen Wahlen in Nicaragua am 4. November 1984. Sie ruft ihre Mitgliedsorganisationen zur Unterstützung der demokratischen Entwicklung in Nicaragua durch konkrete Hilfsprojekte und Unterstützungsmaßnahmen auf. Sie fordert ferner die Einbeziehung von El Salvador in den Contadora-Prozeß. Die Probleme Zentralamerikas liegen nach Meinung der Sozialistischen Fraueninternationale in dem Mangel an Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in der Region.

Die Sozialistische Fraueninternationale fordert alle Regierungen und Völker auf, den demokratischen zentralamerikanischen Entwicklungsprozeß zu unterstützen und die Diktaturen in Zentralamerika und Lateinamerika zu verurteilen und alles dafür zu tun, damit die Unterdrückung der Menschen in Lateinamerika und Zentralamerika ein Ende findet.

(-/7.3.1984/ks/rs)

+ + +



Sozialdemokratische Medienpolitik in Schleswig-Holstein

Jeder neue Sender muß die verfassungsrechtlichen Bedingungen erfüllen

Von Günther Jansen MdB

Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein und

Björn Engholm MdL

Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Die schleswig-holsteinische SPD-Landtagsfraktion wird in absehbarer Zeit einen eigenen Gesetzentwurf für ein Landesrundfunkgesetz vorlegen. Er wird in klarer Abgrenzung zu den Plänen der CDU das Interesse und die Bedürfnisse der Bürger in den Mittelpunkt stellen, sich gegen eine durchgreifende Kommerzialisierung von Rundfunk und Fernsehen und für eine wirksame Sicherung des öffentlich-rechtlichen Systems aussprechen.

Parallel zu den Arbeiten am Entwurf wird die Partei auf den verschiedenen Ebenen, von den Ortsvereinen über die Kreisverbände bis hin zum Landesausschuß die politische Diskussion über die zukünftige Gestaltung der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein führen. Die Ergebnisse dieser sorgfältigen Diskussion werden auf Landesebene in den Gesetzentwurf, auf Bundesebene in die Anträge zum Bundesparteitag im Mai in Essen einfließen. Dort werden endgültig die Weichen für eine sozialdemokratische Medienpolitik in den 80er Jahren gestellt.

Die Diskussion in der Landtagsfraktion und der Landespartei erfolgt anhand einer Vorlage des Oppositionsführers Björn Engholm und des Landesvorsitzenden Günther Jansen, die auf der Basis von Klausurtagungen unter Einbeziehung der medienpolitischen Experten von Fraktion und Partei entstand und von Landesvorstand und Landtagsfraktion gebilligt wurde.

Schleswig-Holsteins Sozialdemokraten sind aufgerufen, ihre Position deutlich zu machen. Dies gilt auch gegenüber den befreundeten Gewerkschaften. Mit ihnen und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen verbindet die schleswig-holsteinische SPD grundsätzliche Bedenken. Ebenso wie sie sieht die SPD die Gefahr des Entstehens von Doppelmonopolen im Presse-, Funk- und Fernsehbereich - dies vor allem in Anbetracht der enormen Kosten für Satellitenprogramme und die Anmietung von Satellitenkanälen, die sich auf der privaten Seite zum Beispiel nur die großen Medienkonzerne leisten können. Die SPD bezweifelt, daß sich die Vielfalt und Berücksichtigung aller gesellschaftlichen Gruppen im Funk- und Fernsehangebot (Außenpluralität) über mehrere konkurrierende, ausschließlich gewinnorientierte kommerzielle Programmveranstalter herstellen läßt.

Deshalb wird sie sich in der öffentlichen Argumentation und beim Gesetzentwurf in diesem Punkt darauf konzentrieren, daß jeder neue Sender, unabhängig vom Veranstalter, in sich die verfassungsrechtlichen Bedingungen für Vielfalt und Ausgewogenheit (Innenpluralität) erfüllt. Kein kommerzieller und überhaupt kein Einzelveranstalter darf allein über eine Sendemöglichkeit bestimmen. Entgegen dem CDU-Regierungsentwurf in Schleswig-Holstein werden Sozialdemokraten darauf achten, daß eine Lizenzvergabe nur an mehrere Veranstalter erfolgt. Bei jeder Lizenzvergabe müssen darüber hinaus Freiräume für Sendeangebote einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen geschaffen werden (Bürgerfunk).



Die SPD setzt sich auch weiterhin für die Sicherung des Bestands und die Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems ein, das von einer geplanten Kommerzialisierung existenziell bedroht ist. Das gleiche gilt für die privatwirtschaftlich strukturierte Presse. Es muß verhindert werden, daß die Anzeigeneinnahmen von Zeitungen und Zeitschriften in einen Kommerzfunk abwandern, daß es dadurch zu einer neuen Welle von Pressekonzentration, Zeitungssterben und Arbeitsplatzvernichtung kommt.

Bedenken wie diese sind in dem vorgelegten Entwurf der schleswig-holsteinischen CDU-Regierung nicht oder nur ungenügend berücksichtigt. Die schleswig-holsteinische CDU-Regierung will einen anderen Rundfunk.

Sie sagt dem Bürger nicht die Wahrheit über die Kosten der Verkabelung, über die geplante Verschwendung öffentlicher Gelder. Sie billigt den Zwangsbeitrag für die rüde Verkabelungsstrategie des Bundespostministers Schwarz-Schilling zum Beispiel zu Lasten der Sozialmieter, wie gerade erst Ende Februar in Bonn durch die Bundesratsmehrheit der unionsregierten Länder beschlossen. Die schleswig-holsteinische CDU-Landesregierung beteiligt sich damit aktiv an der nicht durch die Bedürfnisse der Bürger bedingten Umgestaltung des Informations- und Kommunikationswesens, bei der mit aggressivem Marketing die wahren Motive weggebogen werden sollen.

Einer solchen freiheitsgefährdenden Strategie von Staat und Kommerz muß die SPD aktiv gegenüberreten.

Mit ihrer Medienpolitik vertritt sie Bürgerinteressen.

Sie ist

- für Bürgerfunk, gegen Kommerzfunk;
- für das Recht des Bürgers auf freie Programm- und Empfangswahl, gegen Zwangsverkabelung, Zwangsanschluß, Zwangsumlagen;
- für Aufklärung, gegen die konservative Betäubung der Bürger;
- für eine neue Technik zum Nutzen aller, gegen neue Riesenprofite in die Taschen weniger;
- für sinnvolle Freizeit, gegen die sprachlose Zukunft vor dem Bildschirm;
- für die Erhaltung von Meinungsfreiheit und -vielfalt, gegen das geplante "Eiapopeia vom Himmel" (Heinrich Heine).

Dieser Herausforderung muß sich eine zeitgemäße, bürgerorientierte Medienpolitik in Schleswig-Holstein stellen. Dieser Herausforderung wird der Entwurf der CDU-Regierung nicht gerecht. Unter dieses Dach werden sich die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten daher nicht begeben. Ihr Gesetzentwurf wird die Alternative verdeutlichen.
(-/7.3.1984/ks/rs)

+ + +



Pastor Martin Niemöller ist tot

Bei den Sozialdemokraten wird er nie vergessen werden

Von Hans Koschnick

Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen

Mitglied des SPD-Präsidiums

SPD-Präsidiumsbeauftragter für Kirchenfragen

Pastor Martin Niemöller ist tot. Er war eine der herausragenden Persönlichkeiten der evangelischen Kirche in diesem Jahrhundert. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands trauert um einen der geistlichen Köpfe der Dahlemer Bekenntnissynode von 1934 und des Pfarrernotbundes im Dritten Reich, um den ehemaligen Kirchenpräsidenten von Hessen und Nassau und um den Inhaber hoher ökumenischer Ämter auf der Höhe seiner Schaffenskraft.

Pastor Martin Niemöller ist über den kirchlichen Bereich hinaus zur Verkörperung des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geworden. Daß er trotz KZ und Verfolgung ein Alter von 92 Jahren erreicht hat, macht uns nachträglich froh und getröstet. Für dieses erfüllte Leben danken wir dem Herrn der Kirche.

Gerade im Jahr der 50. Wiederkehr der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 erinnert uns der Tod dieses streitbaren Mannes an den Versuch eines Teils der evangelischen Kirche, sich von außen kein anderes Evangelium im Gewande einer staatsfrommen Ideologie aufdrängen zu lassen.

Martin Niemöller war ein kompromißloser Streiter des unverfälschten Evangeliums Jesu Christi, wie er es verstand. Er hat in der politischen Konsequenz dieses Weges seiner eigenen Kirche zu schaffen gemacht, aber auch den Parteien und der seinerzeitigen Regierung. Daß allerdings eine junge Theologengeneration nach dem Kriege die politische Dimension der Bergpredigt wiederentdecken konnte, liegt ganz auf der Linie des Niemöllerschen Verständnisses von der auch politischen Existenz des Christen im sozialen Rechtsstaat.

Die SPD war eine zeitlang in der Person Kurt Schumachers ein kongenialer Dialogpartner Niemöllers. Über die Frage der Wiederbewaffnung Westdeutschlands trennten sich die Wege, aber nicht die Hochachtung vor dem Pazifisten Niemöller.

Daß er von denen, die ihn damals anfeindeten, heute geehrt wird, zeigt die ganze Widersprüchlichkeit der Wirkungsgeschichte Martin Niemöllers im Nachkriegsdeutschland.

Martin Niemöller hat in der weithin unpolitischen Zeit der Adenauer-Ära die Gewissen einer Generation junger Bürger in diesem Lande geschärft. Er ist dabei zuweilen eigene Wege gegangen, auf denen wir ihm nicht immer folgen konnten. Dennoch war die Auseinandersetzung mit dem streitbaren Pastor eine der Voraussetzungen dafür, daß die evangelische Kirche nach dem Kriege eine auch politisch sich einmischende Kirche werden konnte. Sie ist dabei auch bei Sozialdemokraten ein Stück glaubwürdiger geworden.

Martin Niemöller wird bei uns nie vergessen werden.

(-/7.3.1984/ks/rs)

+ + +

